



Recommendations

FROM THE
MEMBERS
OF THE

TEPSA NETWORK

TO THE
INCOMING

GERMAN PRESIDENCY



June 2020

Zusammengestellt von Nicoletta Pirozzi, Funda Tekin,

Beiträge:

Ein Plädoyer für die deutsche Ratspräsidentschaft: Mutig und klug in die Zukunft investieren von Nicoletta Pirozzi, Funda Tekin, Ilke Toygür

Den europäischen Wiederaufbau unterstützen von Michele Chang

Klimawandel und Nachhaltigkeit von Gaby Umbach

Resilienz des EU Projektes von Saila Heinikoski

Die Rolle der EU in einer Welt nach COVID-19 stärken von Niklas Helwig

Die Trans European Policy Studies Association (TEPSA) hat eine Tradition der Formulierung von Empfehlungen an die kommende Ratspräsidentschaft. Diese Empfehlungen werden von Experten des TEPSA-Netzwerks formuliert, ohne notwendigerweise die Ansichten der TEPSA oder ihrer Mitgliedsinstitute zu vertreten. Sie werden der kommenden deutschen Ratspräsidentschaft anlässlich der TEPSA-Vorpräsidentschaftskonferenz am 25. und 26. Juni 2020 in Berlin vorgestellt. Die Konferenz wird vom Institut für Europäische Politik (IEP), Berlin, und TEPSA, mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes, der Europäischen Kommission - aus den Programmen "Europa für Bürgerinnen und Bürger" und "Horizont 2020" (im Rahmen des InDivEu-Projekts) - und der Stiftung Mercator organisiert.

Ein Plädoyer für die deutsche Ratspräsidentschaft: Mutig und klug in die Zukunft investieren

von Nicoletta Pirozzi, Istituto Affari Internazionali; Funda Tekin,
Institut für Europäische Politik; Ilke Toygür, Real Instituto Elcano



Am 1. Juli 2020 ist der offizielle Beginn der deutschen Ratspräsidentschaft. In der gesamten Europäischen Union hegt man hohe Erwartungen an den deutschen Vorsitz, wie auch die Hoffnung, dass diese Ratspräsidentschaft den von ihr ausgegebenen Leitspruch "Gemeinsam. Europa wieder stark machen." mit Inhalten füllen wird. Deutschland hat die wenig beneidenswerte Aufgabe, nicht nur die Union und ihre Mitgliedstaaten aus der Krise herauszuführen, die durch die COVID-19-Pandemie entstanden ist, sondern sie ebenfalls darin zu bestärken, eine tragfähige Strategie für längerfristige Reformen zu entwickeln. Die Notlage der Gesundheitssysteme offenbarte viele Unzulänglichkeiten des europäischen Projektes im Hinblick auf die Fähigkeit, entsprechend den Bedürfnissen der Bürger:innen zu handeln, und stellte schließlich auch das Überleben der EU selbst in Frage. Die Pandemie war eine Art Weckruf und wahrscheinlich der lauteste seit der Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008 und der massenhaften irregulären Migration in den Jahren 2015-2016, der die Europäer nun daran erinnert, dass es nur die beiden Optionen gibt, sich zu ändern oder die Integration zurückzubauen.

Mutige Reformen sind nicht leicht durchzusetzen und erfordern verschiedene Elemente: **politischen Willen der Staats- und Regierungschefs, mutiges Handeln der Institutionen und die Unterstützung durch Bürger:innen**. Die deutsche Regierung hat bereits einen ersten Ausblick auf ihren politischen Kurs gegeben, indem sie mit der deutsch-französischen Initiative zur wirtschaftlichen Erholung nach der Krise der Europäischen Kommission den Weg für einen beispiellosen Vorschlag ebnete. Dabei ist der deutsch-französische Motor zwar eine notwendige, aber eben keine hinreichende Bedingung für den zu erwartenden Erfolg. Es gilt auch die institutionelle Dynamik genau im Auge zu behalten, da sich der Schwerpunkt bereits merklich zugunsten des Europäischen Rates verschoben hat. Eine Kernaufgabe der Präsidentschaft liegt nun darin, als Brückenbauer zwischen den Mitgliedstaaten zu agieren. Sowohl das Nord-Süd-Gefälle (insbesondere wirtschaftlich) als auch die Unterschiede zwischen Ost- / Mittel- / West-Europa (hier vor allem im Bereich der Rechtsstaatlichkeit und der grundlegenden Werte) sind erkennbar. Daher wird eine zentrale Herausforderung für den deutschen Vorsitz darin bestehen, andere Mitgliedstaaten, insbesondere die "Sparsamen Vier", davon zu überzeugen, das Paket der Europäischen Kommission und einen ehrgeizigen mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für 2021-2027 zu unterstützen. Gleichzeitig sollen weitere längerfristige Reformen der wirtschaftlichen Koordinierung und Steuerung in der EU, angefangen bei der Rolle der Europäischen Zentralbank und auch der fiskalpolitischen Kompetenz der Union, angegangen werden. Dabei geht es nicht nur um den symbolischen Markenkern der EU-Integration, wie die gemeinsame Währung und die Eurozone, sondern vor allem um das Wohl der europäischen Bürger:innen.

Die vereinzelt und verspäteten Reaktion der EU-Ebene auf den Ausbruch der Krise, verbunden mit den tiefgreifenden wirtschaftlichen und sozialen Folgeschäden, können sich negativ auf das Vertrauen der Bürger:innen in die EU-Institutionen auswirken und die populistischen und euroskeptischen Stimmen erstarken lassen. Um sich dieser Herausforderung zu stellen, muss die deutsche Ratspräsidentschaft mutig handeln, in ein gerechtes und nachhaltiges Europa investieren und sich dabei auf die sozialen, ökologischen und digitalen Herausforderungen konzentrieren, die durch die Krise noch verschärft wurden. Um die Köpfe und Herzen der Menschen in Europa zurückzugewinnen, bedarf es aber auch starker Symbole, um die EU präsenter, sichtbarer und im Alltag bedeutender zu machen. Eine neu überarbeitete **Konferenz zur Zukunft Europas** mit kürzerem Zeitrahmen, klaren Zielen und einer glaubwürdigen Mobilisierung könnte gewissermaßen einen Heilungsprozess für die EU einleiten.

Auch die Suche nach einem **Grundkonsens über Rechtsstaatlichkeit**, den alle Mitgliedstaaten mittragen können, ist für die Zukunft Europas unabdingbar und bleibt weiterhin eine Herausforderung. Schon lange vor der COVID-19-Pandemie wurden Verfahren gegen Polen und Ungarn zur Rechtsstaatlichkeit nach Artikel 7 eingeleitet. Die Pandemie fordert die gemeinsamen Werte der EU nun noch stärker heraus: Regierungsmaßnahmen zur Eindämmung des Virus schränken die Freiheit und die Grundrechte der Bürger:innen in allen EU-Mitgliedstaaten ein und beschneiden die Rechtsstaatlichkeit in Ungarn noch weit darüber hinaus. „Gemeinsam. Europa wieder stark machen.“ muss daher auf den Werten der Achtung der Menschenwürde, der Freiheit, der Demokratie, der Gleichheit, der Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenrechte (Art. 2 EUV) aufbauen. Der deutsche Vorsitz muss sich dem Dilemma stellen, hier keine Zeit verlieren zu dürfen, wohingegen in einigen Mitgliedstaaten die Frage der Rechtsstaatlichkeit nicht als vorrangig gilt - wie die geringen Fortschritte im Verfahren nach Artikel 7 zeigen. Der Vorsitz muss das Schweigen zu diesem Thema brechen, eine koordinierte Führungsrolle übernehmen und das erste Überprüfungsverfahren zur Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten genau beobachten. Darüber hinaus ist es notwendig, die **Rechtsstaatlichkeit zu einer integralen Bedingung** des MFR sowie des Wiederaufbauplans nach der COVID-19 Pandemie zu machen. Wenn gemeinsame Werte auf dem Spiel stehen, riskiert man die Zukunft der EU.



Die lange Liste strategischer Agendapunkte des Europäischen Rates und der Europäischen Kommission, die beträchtliche Anzahl von noch offenen Tagesordnungspunkten vorangegangener Präsidentschaften sowie die COVID-19-Pandemie erfordern ein sorgfältiges Erwartungsmanagement in Bezug auf das, was die deutsche Präsidentschaft erreichen kann. Es wäre unrealistisch zu glauben, dass die EU noch immer die gleiche Agenda verfolgt, als hätte es die COVID-19-Pandemie nie gegeben. Die deutsche Präsidentschaft ist daher gut beraten, ihre Prioritäten so zu wählen, dass sie klug in die Zukunft der EU investiert.

Die Verhandlungen über den **MFR** für 2021-2027 sollten so bald wie möglich mit angemessenem Einsatz abgeschlossen werden, da auch der Wiederaufbau-Fonds der Europäischen Kommission damit in Verbindung steht. Zum jetzigen Zeitpunkt sind sich die noch Mitgliedstaaten uneins. Die Verhandlungen konnten vor der deutschen Ratspräsidentschaft nicht erfolgreich abgeschlossen werden. Daher sollte die Erarbeitung eines gerechten und ehrgeizigen Programmes für den wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau höchste Priorität für die deutsche Regierung haben. Der soziale Zusammenhalt sollte dabei im Mittelpunkt dieses Plans stehen.

Auch wenn eine Umverteilung von Ressourcen aufgrund der COVID-19-Pandemie notwendig ist, sollten der **Kampf gegen den Klimawandel** und eine schnelle Digitalisierung gebührend Beachtung finden. Beide sind unerlässliche Investitionen in die Zukunft, wobei Letzteres auch mit dem Konzept der strategischen Autonomie in Verbindung zu bringen ist. Die **digitale und technologische Souveränität** sollte daher ein zentraler Punkt auf der Tagesordnung sein.

Brexit ist eine weitere dringliche Angelegenheit auf der Agenda, die keinen Aufschub mehr duldet. Da die britische Regierung die Übergangszeit nicht verlängern will, wird sich die deutsche Präsidentschaft mit dieser Frage befassen müssen. Die EU sollte ein bestmögliches Verhandlungsergebnis erzielen, das sowohl der Union als auch ihren im Vereinigten Königreich lebenden Bürger:innen nutzt, sich dabei aber gleichzeitig auf ein mögliches „no deal“-Szenario vorbereiten.

Insbesondere vier Politikbereiche regen Investitionen in ein stärkeres und innovativeres, nachhaltigeres und gerechteres Europa an, wie auch in ein Europa, das Sicherheit und gemeinsame Werte bietet und als starker Akteur in der Welt auftritt. Sie verdienen daher weitergehende Empfehlungen:

- 1) wirtschaftlicher und sozialer Wiederaufbau, 2) Klimawandel und Nachhaltigkeit,
- 3) Resilienz des EU-Projekts und 4) die globale Rolle der EU.

Den europäischen Wiederaufbau unterstützen

MICHELE CHANG *College of Europe, Bruges*



Die Auswirkungen der globalen COVID-19-Pandemie haben zu Maßnahmen in bisher unbekanntem Ausmaß geführt, um die wirtschaftliche Erholung der EU sicherzustellen. Die Europäische Zentralbank (EZB) rechnet für dieses Jahr mit einem Negativwachstum des BIP um fast 9 %, und diese Zahl könnte sich noch weiter verschlechtern. Diese Krise folgt auf die Staatsschuldenkrise, die bereits bestehende Ungleichheiten zwischen den EU-Mitgliedstaaten verschärft hatte, und stellt erneut eine existenzielle Bedrohung für den Euro dar. Die EU konnte einige Instrumente aus der Staatsschuldenkrise weiterentwickeln und hat nun nochmals neue geschaffen, wie etwa die Pandemie-Krisenhilfe des Europäischen Stabilitätsmechanismus oder den Vorschlag der Kommission für eine befristete Unterstützung zur Minderung des Arbeitslosigkeitsrisikos im Notfall sowie den „Next Generation EU“ Vorschlag der Kommission, der eine Aufbau- und Resilienzfazilität beinhaltet. Dennoch bleiben alte Wunden aus der vorangegangenen Krise, die einer Wiederaufnahme des Wirtschaftswachstums im Wege stehen könnten.

Für die deutsche Präsidentschaft regen wir insbesondere drei Vorschläge an. Der erste besteht in der **Verteidigung des „Next Generation EU“-Instrumentes zur Wiederaufbauhilfe der Kommission**, und darin besonders die Aufbau- und Resilienzfazilität. Dieser Fonds würde einen Großteil des deutsch-französischen Vorschlags vom 18. Mai 2020 beibehalten. Uns erscheint der Vorschlag zur Aufnahme von EU-Schulden in dieser Größenordnung und die Vergabe von Zuschüssen für die derzeit schwierige wirtschaftliche Situation angemessen und mutig. Dies würde dazu beitragen, die Fragmentierung zwischen den Mitgliedstaaten aufzuhalten, die Eurozone zu stabilisieren und europäische Solidarität mit den Ländern zu üben, die von dieser und früheren Krisen am stärksten betroffen waren. Wir fordern die deutsche Regierung eindringlich auf, mit aller Kraft sicherzustellen, dass diese wesentlichen Bestandteile der Kommissionsvorschläge nicht einfach wegverhandelt und Verhandlungen zu diesem Punkt umgehend aufgenommen werden.

Die deutsche Ratspräsidentschaft sollte das Aufbaunstrument „Next Generation EU“ der Kommission verteidigen.

Zweitens sollte die deutsche Regierung das **Haushaltsinstrument für Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit (BICC) wiederbeleben**, das in den gegenwärtigen Gesprächen über den MFR nun nicht mehr auftaucht. Der Gesamtumfang der aktuellen Haushaltsvorschläge stellt das, was im Rahmen des BICC diskutiert wurde, um einiges in den Schatten. Allerdings ist die Aufbau- und Resilienzfazilität von vornherein mit Mitteln ausgestattet und zeitlich befristet, während das BICC auf Dauer angelegt gewesen wäre. Da dieses auch als eine Grundlage für eine künftige Fiskalunion dient, bleibt das BICC ein wichtiger Baustein für die langfristige Beständigkeit des Euro.

Schließlich muss die deutsche Regierung das Gespräch zum **Mandat und die Rechenschaftspflicht der Europäischen Zentralbank** suchen, das der Euroraum in den letzten zehn Jahren vermieden hat. Das jüngste Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichts veranschaulicht das Konfliktpotenzial, wenn man Maßnahmen von derart politisch sensibler Tragweite der EZB überlässt. Der rechtliche Rahmen, der die Unabhängigkeit der EZB untermauert, ist nicht mehr haltbar. Die EZB spielt zwar nach wie vor eine wesentliche Rolle, aber das Phantom juristischer Anfechtungen und die Notwendigkeit einer freiwilligen Selbstzensur der EZB hemmen die Wirksamkeit ihrer Maßnahmen und fördern zudem die allgemeine Skepsis hinsichtlich ihrer Legitimität. Konkret sollte die deutsche Ratspräsidentschaft Gespräche über eine Änderung des Mandats der EZB beginnen, die Preisstabilität nicht allein über alle anderen Anliegen zu stellen und weiterhin die Struktur der Rechenschaftspflicht zu stärken, um die EZB für ihre neuen Aufgaben auszustatten. Da dies jedoch eine Vertragsänderung erfordert, wird es nicht zu einer schnellen Entscheidung

kommen, und eine Einigung wird innerhalb der deutschen Präsidentschaft nicht zu erzielen sein. Es ist jedoch an der Zeit, für die EU anzuerkennen, dass sich die mit dem Vertrag von Maastricht geschaffene EZB im Lauf der Zeit weiterentwickelt hat, und dass ihre Rolle zu wichtig ist, um sie noch an Regeln zu binden, die für eine andere Ära aufgestellt worden waren.

Klimawandel und Nachhaltigkeit

GABY UMBACH

European University Institute, Florence



Die Erholung nach COVID-19 bietet eine gute Gelegenheit, das Entwicklungsmodell der EU noch nachhaltiger zu stärken. Im Gegenzug würde dies die EU verpflichten, Jahrzehnten der Worte nun auch Taten folgen zu lassen. Die Union muss einen **grundlegenden, mehrdimensionalen und nachhaltigen Wandel** hin zu einer klimaneutralen europäischen Lebensweise fördern, und die deutsche Präsidentschaft trägt die Verantwortung, dieses Fundament für einen **nachhaltigen Wiederaufbau der EU und ihrer Mitgliedstaaten** zu legen. Die Ideen des Europäischen Grünen

Deals haben den Weg für **ein wirklich nachhaltiges europäisches (Wachstums-)Modell** geebnet, und die deutsche Ratspräsidentschaft muss die Gunst der Stunde nutzen, um den Wandel im Klimaschutz, die Kreislaufwirtschaftspläne der EU und die Nachhaltigkeit allgemein weiter voranzutreiben.

Angesichts der Verlangsamung der globalen Klimaverhandlungen im Jahr 2020 muss die deutsche Ratspräsidentschaft **das gesamte klimadiplomatische Potenzial der EU aktivieren**, um die globalen Anstrengungen zur Aufstockung der nationalen Selbstverpflichtungen im Rahmen des Pariser Abkommens wiederaufzunehmen. Sie muss dazu beitragen, die geopolitische Kluft in der Frage des Klimawandels zu überwinden und für eine breiter gestreute Führung in der globalen Klimapolitik eintreten. Die **Intensivierung bilateraler Beziehungen**, z.B. mit China, ist von zentraler Bedeutung, und die EU muss eine Führungsrolle übernehmen, wenn es darum geht, Klimaschutzmaßnahmen an die Spitze einer globalen Agenda zu setzen, die von der Pandemie so gravierend geprägt ist. Das Eintreten für **Klimaresilienz und die Bereitstellung von Finanzmitteln** wird in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle spielen.

Im Innern bedeutet dies, **das EU-Ziel für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen bis 2030 mutiger anzugehen und die nationalen Klimazusagen zu erhöhen**. Mit dem Ziel, die Wirtschaft weiter zu dekarbonisieren und die Ressourceneffizienz in einem Post-COVID-19-Kontext zu erhöhen, muss die deutsche Präsidentschaft sorgfältig zwischen den Fähigkeiten und Widerständen der Mitgliedstaaten in Bezug auf national festgelegte Beiträge abwägen.

Mainstreaming, horizontale Politikkoordination und ein ganzheitlicher Nachhaltigkeitsansatz sind für dieses Vorhaben unerlässlich. Das neue **EU-Klimagesetz** wird ein wichtiger Baustein zur Schaffung eines umfassenden Rechtsrahmens für die **langfristige Klimastrategie der EU** auf dem Weg zur

Die Ratspräsidentschaft muss ihr ganzes Gewicht in die Waagschale werfen, um zu verhindern, dass der Wiederaufbau nach COVID-19 das neue EU-Klimagesetz in Mitleidenschaft zieht.

Klimaneutralität im Jahr 2050 sein. Die Verhandlungen über einen Stichtag für die Einhaltung negativer Emissionsbestimmungen, ein für jeden

Wirtschaftssektor aufgeschlüsseltes EU-Kohlenstoffbudget, sektorale Zeitpläne für Klimaneutralität und ein unabhängiger Europäischer Ausschuss für Klimaänderungen, wie vom EP vorgeschlagen, werden im Gesetzgebungsverfahren die Schlüsselrolle spielen. Die deutsche Ratspräsidentschaft muss ihr ganzes Gewicht in die Waagschale werfen, um zu verhindern, dass der Wiederaufbau nach COVID-19 das neue EU-Klimagesetz in Mitleidenschaft zieht, und die Idee eines EU-Klimapakts muss im Hinblick auf einen partizipatorischen Ansatz für den Wandel gefördert werden.

Im Rahmen der Konjunkturprogramme müssen unbequeme Wahrheiten zur Unvereinbarkeit von wirtschaftlicher Erholung und Klimaneutralität angesprochen werden. Die deutsche Ratspräsidentschaft ist

gut beraten, **diese gegenläufigen Anforderungen des Europäischen Grünen Deals, des europäischen Aufbauplans und der Klimamaßnahmen der EU** im Hinblick auf die wirtschaftlichen Möglichkeiten bei gleichzeitiger Ausweitung der Klimaziele genau im Auge zu haben. Sie sollte einen intensiven Austausch darüber beginnen, wie der wirtschaftliche Aufschwung am besten mit der Notwendigkeit in Einklang gebracht werden kann, sowohl klimafreundliche Technologien zu fördern als auch klimaschädliche Aktivitäten und Subventionen einzustellen. Ein frühzeitiger Austausch mit der Europäischen Kommission über die Ergebnisse des Mitte Juni 2020 beendeten Konsultationsverfahrens zum EU-Klimapakt kann ein guter Ausgangspunkt für eine öffentliche Debatte sein, deren Potenzial es zu nutzen gilt. Es geht um nichts weniger als **ein neues Paradigma für eine nachhaltige, klimaneutrale EU**.

Resilienz des EU Projektes

SAILA HEINIKOSKI

Finnish Institute of International Affairs, Helsinki



Der deutschen Präsidentschaft kommt eine Schlüsselrolle zu, Europa aus der Krise zu führen, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch bei voller Achtung der europäischen Werte. Wenn die EU ihre Widerstands- und Anpassungsfähigkeit in Krisenzeiten stärken will, wird sie ihre Resilienz stärken müssen. Dies erfordert im Wesentlichen das **Festhalten an den europäischen Grundwerten: Menschenrechte, Freiheit, Gleichheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit**. Um zu zeigen, dass diese Werte von allen Mitgliedstaaten geteilt werden, ist es wichtig, zu einer raschen Einigung über die **strategischen Leitlinien im Bereich Justiz und Inneres** zu kommen. Sie umreißen die Prioritäten für die nächsten fünf Jahre in den Bereichen der Werte und der Rechtsstaatlichkeit, des gegenseitigen Vertrauens, der Asylpolitik und dem Umgang mit neuen Technologien und künstlicher Intelligenz.

Sowohl vor als auch nach der COVID-19-Pandemie sind an den Außengrenzen der Europäischen Union Menschenrechtsverletzungen gemeldet worden. Zusammen mit der umfassenden Öffnung der Binnen- und Außengrenzen des Schengen-Raums bedarf das **Gemeinsame Europäische Asylsystem** dringend einer Reform im Geist der gemeinsamen Solidarität. Der neue „Pakt Migration und Asyl“ der Kommission, der im Juni 2020 auf den Weg gebracht werden sollte, bietet einen Ausgangspunkt für diesen Prozess, der vom ersten Tag an aktiv vorangetrieben werden muss.

Die COVID-19-Krise hat die **Personenfreizügigkeit** de facto außer Kraft gesetzt, nachdem staatliche Maßnahmen zur Wiedereinführung von Grenzkontrollen und Einreisebeschränkungen für andere EU-Bürgerinnen und Bürger ergriffen worden waren. **Es ist höchste Zeit, den Schengener Grenzkodex (SGK) zu reformieren**, nachdem der vorherige Reformvorschlag zum Stillstand gekommen ist. Wie der kroatische

Die Präsidentschaft sollte die Rechtsstaatlichkeit hervorheben und nicht zögern, sich mit deren Missachtung in Ländern wie Ungarn und Polen zu befassen.

Ratsvorsitz in seinen Informationen über die Gesetzesvorschläge im Bereich Justiz und Inneres darlegte, "kam man zu dem Schluss, dass es keine realistischen Aussichten auf eine Einigung mit dem EP auf der Grundlage des aktuellen Kommissionsvorschlags gab". Laut EU-Innenkommissarin Ylva Johansson sind jedoch bereits Vorschläge für neue Änderungen des SGK in Vorbereitung, in denen eine **bessere Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten und interne Polizeikontrollen die Grenzkontrollen** ersetzen sollen.

Während der deutsche Vorsitz Fragen im Zusammenhang mit Mobilität und Grenzen vorantreibt, sollte er auch auf die Einhaltung der **demokratischen Rechte und die Gewährleistung von Gleichheit und Nichtdiskriminierung** achten. Dazu gehört auch die **Bekämpfung von Hassreden und Falschinformation**, die voraussichtlich auch auf der Agenda der Präsidentschaft stehen wird. Eine Debatte auf hoher Ebene zu diesem Thema könnte deutlich machen, dass alle Länder das Thema weiterhin mit den erforderlichen Maßnahmen angehen und somit ihre Unterstützung für die Bemühungen der EU gegen Falschinformation zeigen. Die Bemühungen der Kommission, wie z.B. regelmäßige Desinformationsberichte und die öffentliche Ächtung russischer und chinesischer Fehlinformations-Kampagnen, bieten einen guten Ausgangspunkt für ein gemeinsames Vorgehen.

Ganz grundsätzlich sollte die Präsidentschaft die Rechtsstaatlichkeit hervorheben und nicht zögern, sich mit deren Missachtung in Ländern wie Ungarn und Polen auseinanderzusetzen. Wenn europäisches Recht, Menschenrechte und Grundrechte verletzt werden, sollte rasch gehandelt werden. Dialoge auf EU-Ebene und Überprüfungen der Rechtsstaatlichkeitssituation in einzelnen Ländern müssen durch konkrete Maßnahmen unterstützt werden, wie z.B. die Einführung des Mechanismus zur Rechtsstaatlichkeit im mehrjährigen Finanzrahmen.

Die Rolle der EU in einer Welt nach COVID-19 stärken

NIKLAS HELWIG

Finnish Institute of International Affairs, Helsinki



Der erste Schritt hin zu einer widerstandsfähigeren und einflussreicheren EU in einer Ära des internationalen Wettbewerbs besteht darin, die europäische Einheit zu fördern. Die gut ausgestattete deutsche Ratspräsidentschaft ist hervorragend positioniert, um die **Gegensätze zwischen den Mitgliedstaaten zu überbrücken**. Das Augenmerk sollte dabei auf konkreten politischen Unterschieden liegen. Dazu gehören z.B. die Befürchtungen kleiner und mittlerer offener Volkswirtschaften, dass die EU inmitten des globalen Wettbewerbs und der Erholung von COVID-19 zu mehr

Protektionismus in der Industriepolitik neigen könnte. Darüber hinaus gehen die internationalen Bedrohungsanalysen noch immer auseinander, und die deutsche Initiative eines "Strategischen Kompasses" ist ein willkommener nächster Schritt bei der Analyse der außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen der EU nach COVID-19.

Die Verschiebung des EU-China-Gipfels, der in diesem Herbst stattfinden sollte, ist eine Gelegenheit, **den Ansatz der EU gegenüber China neu zu bewerten und möglicherweise zu festigen**. Die Taktik Pekings, die Spaltungen zwischen den Mitgliedstaaten während der Pandemie noch zu verstärken, zeigt einmal mehr, dass Chinas revisionistische Agenda in einem geteilten europäischen Kontinent besonders gut gedeiht. Gleichzeitig hat die EU ein Interesse an Zusammenarbeit und regelbasierten Wirtschaftsbeziehungen mit China. Die EU darf die überregionalen strategischen Interessen der Union nicht außer Acht lassen. Insbesondere der Aufruf der Kommission, europäische Lieferketten zu diversifizieren, hat Auswirkungen auf den Handel und die strategischen Partnerschaften der EU in dieser Region (z.B. mit der ASEAN), die weiter ausgebaut werden müssen.

Die US-Wahlen im Herbst dieses Jahres werden kaum etwas an den amerikanischen Rückzugstendenzen aus Europa ändern. **Die einheitliche Botschaft der EU an die US-Partner auf Bundes- und Staatenebene** muss den gegenseitigen Nutzen der transatlantischen Partnerschaft betonen, wie auch die Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO und die möglichen gemeinsamen Anstrengungen zur Förderung der multilateralen Ordnung. Um sich jedoch auf eine amerikanische Leere vorzubereiten, zielt die deutsche Präsidentschaft zu Recht darauf ab, **die Handlungsfähigkeit der EU im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) zu stärken** und Verteidigungsinitiativen, wie die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO), zu fördern. Der neue mehrjährige Finanzrahmen der EU muss diese Prioritäten fördern und zumindest die kürzlich vorgeschlagenen 8 Milliarden Euro für den Europäischen Verteidigungsfonds bereitstellen. Die Arbeit der deutschen Ratspräsidentschaft zur wirtschaftlichen Erholung sollte das **Ziel der EU unterstützen, die "wirtschaftliche Souveränität" weiter zu stärken**. Insbesondere der Einsatz von Sekundärsanktionen durch die USA untergräbt die globale Rolle der EU und erfordert wirksame Gegenmaßnahmen

In einer Welt, die in Flammen steht, braucht Europa einen Ring von Freunden. Die deutsche

Die Ratspräsidentschaft sollte versuchen, trotz und wegen der COVID-19-Herausforderung ihre Aufmerksamkeit auf die Nachbarschaft zu richten.

Ratspräsidentschaft sollte versuchen, der Nachbarschaft ihre Aufmerksamkeit zu geben, trotz und wegen der Herausforderungen durch

COVID-19. Sie sollte **die letzte Phase der Beitrittsgespräche mit Serbien und Montenegro sowie den erfolgreichen Beginn der Verhandlungen mit den neuen Kandidatenländern Albanien und**

Nordmazedonien entscheidend unterstützen. Darüber hinaus sollten die Kanäle des Dialogs mit der Türkei offen bleiben. Für Deutschland und die EU ist es von entscheidender Bedeutung, die **Post-Brexit-Gespräche mit dem Vereinigten Königreich wiederzubeleben** und ein weitreichendes Abkommen über die künftigen Beziehungen abzuschließen, einschließlich eines engen Koordinierungsmechanismus zwischen beiden in der Außen- und Sicherheitspolitik. Das **Engagement der EU in Afrika** hat noch mehr an Bedeutung gewonnen durch die Notwendigkeit der Anpassung der Instrumente zur Abmilderung der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Auswirkungen von COVID-19 auf die Region. Um den "Krieg der Narrative" in der Nachbarschaft Europas zu gewinnen, sollte die deutsche Ratspräsidentschaft **starke EU-Maßnahmen unterstützen, um der Falschinformation über COVID-19 und das Krisenmanagement der EU entgegenzuwirken.**